

3. Kursänderung der SPD: Lauterbach für paritätisch finanzierte Vollkaskopflegeversicherung

Die SPD hat eine Kursänderung in der Pflegeversicherung eingeleitet. Professor Karl Lauterbach MdB, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, hat sich dafür ausgesprochen, das System der gesetzlichen Pflegeversicherung auf Wunsch

des Versicherten auf das Angebot einer paritätisch finanzierten Vollkaskoversicherung zu erweitern.

Die Versicherten sollten nach den Vorstellungen der SPD zu einem frühen Zeitpunkt und nicht erst kurz vor Beginn der Pflegebedürftigkeit wählen können, ob sie etwas höhere Beiträge zahlen, um später alle Pflegekosten erstattet zu bekommen. Dafür wolle die SPD in der nächsten Wahlperiode sorgen, äußerte Lauterbach gegenüber der Funke-Mediengruppe.

Laut einer der Funke-Mediengruppe vorliegenden Studie des Verbands der Privaten Krankenversicherung (PKV-Verband) zahlen Bewohner von Pflegeheimen bis zu 2.000 Euro pro Monat aus eigener Tasche. Die Unterschiede in den einzelnen Bundesländern seien dabei sehr groß. Während der Eigenanteil in Nordrhein-Westfalen bei 2.163 Euro pro Monat liege, seien es in Mecklenburg-Vorpommern 1.103 Euro. Im Bundesdurchschnitt betrage die Zuzahlung 1.696 Euro.

In diesen Summen sind den Angaben zufolge außer dem Eigenbeitrag der Pflegebedürftigen für die Pflegekosten auch die Kosten für Unterkunft und Verpflegung enthalten sowie eine Beteiligung an den Investitionskosten des Heimbetreibers. Der PKV-Verband leite daraus einen Bedarf an Zusatzversicherungen ab.

„Wenn sich jetzt die SPD von den ausgewogenen Grundsätzen der gesetzlichen Pflegeversicherung mit privater Vorsorge verabschiedet, dann ist das ein unverantwortlicher Schnellschuss“, entgegnet Maria Michalk MdB, gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Ein freiwilliges Angebot einer paritätisch finanzierten Vollkaskopflegeversicherung „führt zu erheblichen Unsicherheiten in der Beschäftigungspolitik und unkalkulierbaren Wettbewerbsnachteilen für Arbeitgeber“.

Die Union konzentriere sich in Zukunft besonders „auf das Vermeiden beziehungsweise Hinauszögern der Pflegebedürftigkeit durch mehr Rehabilitation“, sagte die CDU-Gesundheitsexpertin. „Menschen mit geringem Einkommen sollen weiter einen Rechtsanspruch auf Sozialhilfe haben. Höhere Sozialleistungen sind ein Thema für die Kommunen und ihre öffentliche Finanzierung, dem wir uns stellen“, sagte Michalk.